

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 23

Artikel: Perestrojka : so gewollt und anders geworden
Autor: Zipko, Alexander
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093037>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perestrojka: so gewollt und anders geworden

Das folgende Interview erschien in der «Sowjetskaja kultura», Moskau, 26. 5. 1990. Wir bringen es in der deutschen Fassung von «kontinent», Bonn, Oktober bis Dezember 1990. Alexander Zipko ist stellvertretender Direktor des Instituts für osteuropäische und aussenpolitische Studien an der Akademie der Wissenschaften. Vor allem ist er gegenwärtig als sozialismuskritischer Publizist bekannt.

Alexander Sergejewitsch, unsere Intellektuellen hegen weiterhin Zweifel und Besorgnis über die Zukunft der Perestrojka. Es stellen sich viele Fragen, so die Frage, wo unsere führenden Reformer stehen. Hätte Gorbatschow die Perestrojka in Gang gesetzt, wenn er gewusst hätte, dass sie zum Verzicht auf das Machtmonopol der KPdSU, zur Marktwirtschaft, zu stärkerem Einfluss der Religion und zu Zweifeln an der Richtigkeit des Leninischen Weges führen würde? Solche Fragen stellen übrigens auch ausländische Beobachter.

Weder unsere Freunde – die aktiven Anhänger der Perestrojka im Westen – noch wir selbst, die wir so sehnlich auf das Wunder warten, dass die Demokratie bei uns ebenso schnell an Boden gewinnt wie in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, sollten vergessen, dass wir die Wegbereiter des linken kommunistischen Totalitarismus waren. Er hat in unserem Bewusstsein tiefe Wurzeln

In dieser Nummer

Unser Fehlstart in die Demokratie	6
Eine Sajudis-Selbstkritik aus Litauen	
Hau ab, du jüdische Dreckfresse	8
Woher kommt der Antisemitismus in der Sowjetunion?	
Diskussion	9
Nachträgliche Überlegungen zu einer Karikatur	
Der TV-Kommentar	10
Zu einer Sendung über das Schweizerische Ost-Institut	
Unsere Meinung	11
Eine Aussage von Peter Sager	
Brief und Antwort	12
Gerüchte um Irak-Delegation	

geschlagen. Im Gegensatz zu unseren Nachbarstaaten gab es bei uns weder die politischen noch die sozialen Voraussetzungen für das Entstehen einer starken Opposition. Deshalb rechneten weder die Kommunisten noch jene Menschen, die wenig oder gar nicht an den Kommunismus glauben, damit, dass sich unser Land so schnell von der Allmacht der marxistischen Dogmen befreien würde. Nicht einmal der Führer der Perestrojka konnte eine solche Entwicklung voraussehen.

Das Höchste, was unsere parteitreuen Intellektuellen von der Perestrojka erwarteten, war ein «Sozialismus mit menschlichem Antlitz». Wenn wir von Demokratie träumten, so nur von einer Demokratie innerhalb der Partei. Wenn wir von einer rationellen Wirtschaftsreform träumten, so stellten wir uns diese nur auf der Grundlage kollektiver Eigentumsformen vor. Keiner wollte das private Unternehmertum, alle sprachen nur von betriebswirtschaftlicher Unternehmensführung im Rahmen der staatlichen Wirtschaft. Die Intellektuellen träumten davon, dass sie nicht mehr für ihre Überzeugungen verfolgt werden würden, und sie trachteten nach Redefreiheit. Aber niemand vermutete, dass schliesslich die politisch-ökonomischen Grundsätze des Marxismus Kritik ausgesetzt und die Oktoberrevolution einer Neubewertung unterzogen werden würde. Man träumte von einer Rückkehr zum Tauwetter der Chruschtschow-Ära, in dem es wieder möglich sein würde, Stalin einen Verbrecher zu nennen und seine Opfer Bucharin und Trotzki zu rehabilitieren. Aber niemand ahnte, dass die Kritik am Henker auch zur Kritik an seinen Opfern führen und mit der Entlarvung der Verbrechen des Stalinismus sich die Grenze zwischen dem Stalinschen Terror und dem roten Terror während des Bürgerkrieges immer mehr verwischen würde.

Warum wollen wir die verborgenen Gedanken Gorbatschows ergründen und in dem, was er in seiner Jugend dachte und schrieb, die Erklärung für das gegenwärtige Geschehen in unserem Lande suchen? Waren denn die radikalsten Reformer Osteuropas, wie Adam Michnik und Imre Pozsgay, in den 50er und 60er Jahren weniger «rot» als der Apparatschik Gorbatschow? Aber warum suchen wir unsere Beispiele in so weiter Ferne? Dachten nicht sogar diejenigen, wel-

che heute «weiter» als Gorbatschow gehen und einen entschiedenen Bruch mit dem totalitären Erbe verlangen, noch vor fünf bis sechs Jahren wie alle anderen, d. h. in den Grenzen der vorgegebenen politischen Spielregeln? Das Paradoxon unserer demokratischen Revolution besteht darin, dass es unter ihren Führern fast niemanden gibt, der schon früher offen und mit persönlichem Risiko die Grundlagen unserer Gesellschaft kritisiert hat. Andrej Sacharow war die Ausnahme, die die Regel bestätigt.

Und nichtsdestoweniger erscheinen jene, die zur linken Opposition gezählt werden, heute in den Augen ihrer Anhänger als grosse politische Radikale.

Wenn Gorbatschow nicht wäre und es keine Perestrojka gäbe, wären viele, die heute an der Spitze der demokratischen Opposition und der demokratischen Presse stehen, immer noch gläubige und disziplinierte Kommunisten und orthodoxe Wissenschaftler. Schauen wir uns die Führer der Interregionalen Deputiertengruppe an: Keiner von ihnen riskierte irgendetwas, keiner machte sich auf dem stagnierenden Hintergrund unserer Epoche der Stagnation in irgendeiner Weise bemerkbar. Als Boris Jelzin, der heute radikale Wirtschaftsreformen und die Restauration des privaten Unternehmer- und Bauerntums fordert, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees von Swerdlowsk war und reale Macht über die Wirtschaft besass, hat er in keiner Weise den privaten und genossenschaftlichen Sektor gefördert. Früher verteidigte er das staatliche Eigentumsmonopol mit derselben Aufrichtigkeit, mit der er heute für die Wiedereinführung der Marktwirtschaft kämpft. Man sollte ihn nicht der weltanschaulichen Inkonsequenz bezichtigen. Er hat früher einfach noch nicht das gesehen, was er heute sieht; er war damals ein anderer Mensch. Das kann ein Ausländer, der in einer Gesellschaft geboren ist, in der das Vernünftige vernünftig und das Absurde absurd genannt wird, unmöglich begreifen.

Die Leser fragen häufig: Warum bleibt das Land, das den Anstoss zur Demokratisierung gegeben hat, heute sowohl im Ausmass als auch im Tempo der Befreiung vom stalinistischen Sozialismus hinter seinen osteuropäischen Nachbarn zurück?

Das Spezifische an unserer Perestrojka ist eben gerade die Tatsache, dass sie im Unterschied zu Polen, der Tschechoslowakei und der DDR von oben begann. Die Modernisierung des Systems wurde auf Initiative der herrschenden Partei in Gang gesetzt. Ging in Polen alles von der Opposition – Walesa, Kuroń, Michnik – aus, so bei uns von den «Apparatschicks» Gorbatschow, Jakowlew und anderen Führern. Sie haben nicht nur die Perestrojka aus der Wiege gehoben, sondern sich auch noch eine Opposition geschaffen. In Polen und der Tschechoslowakei standen die Menschen, die die Reformbewegung anzuführen in der Lage waren, ausserhalb der Partei, und deshalb waren ihre politischen Aktivitäten von Anfang an auf die Zerstörung der Partei- und Staatsstruktur ausgerichtet. Deshalb wurde in diesen Ländern der Kampf von Anfang an gegen den kommunistischen Machtanspruch, um es deutlich zu sagen, gegen den Kommunismus und den Sozialismus, geführt. Bei uns war alles anders.

Die Perestrojka begann innerhalb der Partei und konnte nur als eine Initiative, die auf die Festigung der Position von Partei und Sozialismus gerichtet ist, in Gang gesetzt werden.

Aber heute sind wir Zeugen einer ganz anderen Entwicklung der Dinge.

Man muss sich die Wahrheit eingestehen und offen aussprechen, was die Perestrojka ist und in wessen Namen wir sie durchführen. Sie hatte bekanntlich die Losung der Erneuerung der Gesellschaft und des Sozialismus auf die Fahnen geschrieben. Dafür gab es viele Gründe. Wie jede Revolution von oben konnte sie nur als loyale Aktion, die von der Autorität einer ideologischen Neuorientierung abgesegnet war, und unter Anerkennung der Legitimität der kommunistischen Herrschaft begonnen werden – als eine politische Initiative, die auf die Festigung der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgerichtet und zur Rettung des Sozialismus in der ganzen Welt berufen war. Wenn wir fünf Jahre zurückgehen und die Reden Gorbatschows aus jener Zeit, vor allem seine Rede auf der Arbeitssitzung der Ersten Sekretäre der regierenden kommunistischen Arbeiterparteien in Moskau im Dezember 1986, lesen, so ist in ihnen hauptsächlich von der Notwendigkeit der Rettung jenes Gesellschaftssystems die Rede, das in der UdSSR als Ergebnis der Oktoberrevolution etabliert wurde und sich dann auf dem Erdball ausgebreitet hat. Es war die Rede von der Reinigung des ursprünglichen marxistischen Kerns unserer Gesellschaft, von den Auswüchsen der Folgezeit, von den Überresten des Stalinismus, der Breschnew-Herrschaft usw.

Heute haben viele vergessen, womit die Perestrojka begann, von welchen Gedanken und Ideen sie am Anfang ihres Weges geleitet wurde. Reformen von oben haben den Vorteil, dass sie den alten gesellschaftlichen

Konsens bewahren und es ermöglichen, die Stabilität zu erhalten und dem Zerfall vorzubeugen. Reformen von oben erlauben es auch, den demokratisch gesinnten Teil des Partei- und Staatsapparates zur Mitwirkung an der Umgestaltung heranzuziehen. Man sollte nicht vergessen, dass bei uns – im Unterschied zu Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn – der qualifizierteste und angesehenste Teil der Intellektuellenschicht eng mit der Partei verbunden war.

Gleichzeitig bindet aber eine innerhalb des alten Koordinatensystems betriebene Reformpolitik die Hände bei der demokratischen Umgestaltung. Die Revolution von oben, die den kommunistischen Machtanspruch als legitim akzeptierte, stand von Anfang an einer gründlichen Analyse der Krisenerscheinungen im Wege und hinderte uns, die ganze Wahrheit über den von uns eingeschlagenen Weg und die Folgen dieser Wahl auszusprechen. Daher waren wir von vornherein zur Halbherzigkeit verdammt. Wir verstanden, dass eine verstaatlichte Wirtschaft ineffektiv ist. Da wir aber darauf beharrten, dass der sozialistische Weg der richtige sei, waren wir gezwungen, die Idee der Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu verteidigen. Wir waren gezwungen, uns auf die Führung der Staatsbetriebe nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien zu beschränken und das Nebeneinander von staatlichem Monopol und Markt bei der Organisation der Produktion zu postulieren, während in Polen, der Tschechoslowakei, der DDR und Ungarn die Entnationalisierung, Privatisierung und der Übergang zur Marktwirtschaft auf der Tagesordnung standen. Diese Halbherzigkeit und Inkonsistenz zeigte sich besonders in unseren Beschlüssen von 1987, die die Grundlage der Wirtschaftsreformen bildeten.

Wir sagten, dass der Bauer erst dann ein richtiger Bauer sei, wenn er auch Herr über das Land sei. Trotz dieser Beschwörungen hatten wir aber Angst davor, dem Bauern Land und Eigentum zu geben. Wir haben in die bestehende Wirtschaftsorganisation mit ihren Kolchos- und Sowchosbetrieben lediglich das Pachtsystem eingebracht.

Wir sprachen von der Notwendigkeit des Übergangs zum Rechtsstaat, hielten aber mit aller Kraft am Artikel 6 der Verfassung fest und lehnten die Einführung des Mehrparteiensystems von vornherein ab. Wir erstrebten die Rückkehr in die Zivilisation und das Primat der allgemeinemenschlichen Werte und kritisierten aus dieser Position heraus die Verbrechen Stalins. Andererseits beharrten wir auf unserem Glauben an die revolutionäre Gewalt in Russland, an ihre historische Berechtigung und rechtfertigten den Terror mit all seinen Opfern. Das alles führte zu grossen Widersprüchen in unserer Ideologie. Es mussten fünf Jahre Perestrojka vergeudet werden, bis wir verstanden, dass die Entwicklung logischerweise zur Befrei-

Fortsetzung auf Seite 4

LIEBE LESER

Ich weiss, dass der nebenstehende Text in seinem ungelockerten Erscheinungsbild und seiner Länge den optischen Lese-Anreiz nicht vermittelt, den man als nötig erachtet, damit die Lektüre überhaupt in Angriff genommen wird. Deshalb möchte ich den Text, eine ausgiebige und ausgewogene Würdigung der Perestrojka, hier separat empfehlen.

Zipko unterzieht die sowjetische Umgestaltung in ihren freiwilligen und unfreiwilligen Aspekten dem, was Regierende gebräuchlicherweise und missbräuchlicherweise überall fordern: einer positiven Kritik. Das Dilemma in der Anlage besteht darin, dass die Perestrojka ein System reformieren will, das insgesamt der Abschaffung wert ist, und das Dilemma in der Ausführung besteht darin, dass eine Revolution von oben, wenn sie wirklich echt ist, notgedrungen die Revolution von unten auslöst. «Kann das Wunder geschehen?» ist denn auch die Titelfrage im Original, und das ist keine Rhetorik. Das heikle Jahr 1990 nähert sich seinem Ende, und weniger als ein Wunder wird den Auflösungsprozess nicht in eine Entwicklung zurückverwandeln können.

Zipko geht davon aus, dass wenigstens die geschichtlich gewordene Einheit des kontinuierlichen Russlands die geschichtlichen Anfechtungen überstehen könne und müsse. Auch das ist offensichtlich nicht mehr so sicher, wiewohl sich die Betrachtungsweise vernünftig genug ausnimmt.

Seit November haben sowohl die Sowjetunion als auch die Russische Föderation ein jeweils separates Programm der Wirtschaftsreformen angelassen. Der Entwurf zu einem neuen Unionsvertrag geht in die Vernehmlassung an die einzelnen Republiken, die eigentlich alle mit der Zentrale schon gebrochen haben. Die Bergarbeiter haben eine eigene Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen, so dass auch auf sozialem Gebiet die organisatorische Einheit für eine einheitliche Reform abhanden gekommen ist.

Das Wunder, das geschehen müsste, müsste im Bewusstsein der Schicksalsgemeinschaft bestehen. Was für die Ökologie global gilt, das gilt dort auch national, politisch und gesellschaftlich. Es braucht ein simultanes Wunder.

Christian Brügger

ung aus dem Prokrustesbett der Bewahrung des kommunistischen Machtanspruchs führen musste. Wenn beispielsweise das Pachtssystem im Hinblick auf das alte marxistische Agrarprogramm durchaus einen Fortschritt darstellt, so hält es der Bauer lediglich für einen der üblichen Tricks der Machthaber. Die haben ihn schon immer betrogen, und es gibt keine Garantie, dass sie ihm das Land, das sie ihm heute verpachten, morgen nicht wieder wegnehmen. Die Bauernschaft hat in ihrer Gesamtheit das Pachtssystem abgelehnt; sie will nur dann selbständig wirtschaften, wenn sie der Eigentümer von Grund und Boden ist. Ebenso unvereinbar ist die Verurteilung des Stalinschen Terrors mit der Sympathie für den revolutionären Terror.

Wir brauchten fünf Jahre Perestrojka, um zu begreifen, dass eine Erneuerung des Stalinschen Sozialismus unmöglich ist und dass es einen besonderen dritten Weg nicht gibt. Markt ist unvereinbar mit staatlichem Monopol. Eine Rückkehr zur Marktwirtschaft ist aber undenkbar ohne privates und kollektives Unternehmertum und ohne Privatisierung. Die Schaffung der Rechtsstaatlichkeit ist ohne Einführung des Mehrparteiensystems und Verzicht auf das Machtmopol unmöglich. Das Recht auf die Wiederaufnahme in die zivilisierte Welt, auf die Rückkehr nach Europa können wir nur dann erwerben, wenn wir dem Gedanken abschwören, die Gesellschaft müsse auf gewaltsame Weise verändert werden. Die in den letzten Monaten zutage tretende Krise der Perestrojka rührt vor allem daher, dass sich ihre ursprüngliche Ideologie, die Idee der Erneuerung des Sozialismus, in einer Krise befindet.

Aber es gibt auch die Ansicht, dass wir den wahren Sozialismus gar nicht kennen, dass es ihn einfach bei uns nicht gab. Kann denn etwas scheitern, was in unserer Gesellschaft gar nicht existierte?

Wir sollten uns doch an die Realität halten. In allen Ländern Osteuropas sind die Versuche, das alte Modell des Sozialismus zu reformieren, gescheitert. Es hat sich gezeigt, dass es zwischen dem sogenannten stalinistischen Modell des Sozialismus und der modernen marktwirtschaftlichen, parlamentarischen Gesellschaft keine Zwischenform gibt und geben kann. Die Erneuerung des realen Sozialismus in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei führte durch die unerbit-

liche Logik der Ereignisse zur Demontage dessen, was man Sozialismus zu nennen pflegte, zur Entfernung der Kommunisten aus ihren Machtpositionen, zur Entideologisierung und Entnationalisierung. Wenn Sie so wollen, legt die in diesen Ländern gemachte Erfahrung den Gedanken nahe, dass das sogenannte administrative Kommandosystem nur überwunden werden kann, wenn das Privateigentum und das private Unternehmertum gefördert werden. Vom Privateigentum kann man dann zur genossenschaftlichen Produktionsweise übergehen, vom Staatseigentum offensichtlich nicht. Chimären sind mythologische Wesen. Sie sind nicht lebensfähig. Nirgendwo, in keinem einzigen Lebensbereich, gelang es uns oder den Reformern in den osteuropäischen Nachbarländern, die Position des Kompromisses, der Zwischenlösung, auf die Dauer zu behaupten.

Sie meinen also, dass die heutige Krise der Perestrojka, die wir so schmerzlich spüren, mit der Krise der ursprünglichen Perestrojka-Ideologie zu tun hat?

Ganz recht. Es ist ganz klar, dass es unmöglich ist, auf der Grundlage des kommunistischen Dogmas eine Strategie für die weitere Entwicklung festzulegen. Für den gesunden Menschenverstand ist die vernichtende Kritik am realen Sozialismus, wie sie heute zu vernehmen ist, unvereinbar mit unseren Erklärungen und Versicherungen, der ewig wahren Lehre die Treue zu halten. Das Leben fordert von uns, das Tempo nicht zu verringern und auf dem eingeschlagenen Weg der Entideologisierung der Wirtschaft, der Innen- und Aussenpolitik und der Kultur schnell voranzuschreiten. Aber unsere Angst vor dem Bruch mit der Doktrin steht uns dabei im Wege. Seit der Wahl Gorbatschows zum Präsidenten treten wir nun schon monatelang auf der Stelle und fürchten den entscheidenden Schritt auf dem Wege zu einer entideologisierten Gesellschaft und einem ideologiefreien Rechtsstaat.

Heute ist ganz deutlich erkennbar, vor welcher Wahl unser Land und seine Führung stehen. Wenn die Führung die Perestrojka fortzusetzen und das Land in die Zivilisation, zur Demokratie und den Menschenrechten zu führen beabsichtigt, ist sie gezwungen, den Staat und seine Politik zu entideologisieren, auf die Sprache der «Ismen» zu verzichten und zur Sprache der realen Probleme und der realen und jedermann verständlichen Lösungen überzugehen. Meines Erachtens können wir heute gänzlich ohne jene altbekannten Ausführungen über den Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus auskommen. Diese Begriffe sind als solche schon eine logische Falle, aus der es keinen Weg ins reale Leben und zu den realen Problemen gibt. Wenn wir das Land retten, Armut und Rückständigkeit überwinden und den Zerfall verhindern wollen, müssen wir von den konkreten wirtschaftlichen Massnahmen reden, die dazu

angetan sind, eine Gesundung der Gesellschaft herbeizuführen.

Sollten wir nicht lieber auf die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus verzichten und statt dessen sagen, dass es gesunde und kranke Gesellschaften gibt? In einer Gesellschaft, in der Marx, Engels und Lenin noch immer im Besitz des Wahrheitsmonopols sind, kann es keinen weltanschaulichen oder politischen Pluralismus geben.

Wenn wir ein neues Jahr 1929, eine erneute Konterrevolution und eine erneute Vergewaltigung der Freiheit und des gesunden Menschenverstandes nicht wollen, sind wir ganz einfach gezwungen, den ideologischen Überbau den objektiven Erfordernissen für die Entwicklung des Landes anzupassen. [. .]

Wie kann man denn eine politische Partei entideologisieren?

Für mich ist es ganz klar: Die KPdSU als eine Partei, die die totalitäre Struktur zementiert, die alle Poren der Gesellschaft durchdringt und das gesamte gesellschaftliche Leben organisiert, gibt es nicht mehr. Auf die alte Weise kann sie nicht mehr existieren, nachdem den Menschen die Möglichkeit gegeben wurde, politisch selbständig zu entscheiden, nachdem die Geheimnisse unserer Geschichte und die Wahrheit über sie an den Tag gekommen sind. Es wäre unsinnig, für die Rückkehr zu den früheren Verhältnissen zu plädieren. [. .]

In der letzten Zeit sieht man auf Demonstrationen immer häufiger Plakate in der Art: «Tausche alten Schreibtisch gegen runden Tisch tschechischer Machart.» Losungen sind natürlich eine Sache für sich, aber es wird schon ganz ernsthaft über die Taktik und die Möglichkeiten eines «runden Tisches» diskutiert. Inwieweit sind solchen Vorstellungen für unsere Lage angemessen?

Viele träumen davon, dass wir den Weg unserer osteuropäischen Nachbarn gehen; sie träumen von einem klaren und fairen Sieg der Demokraten und von der völligen Kapitulation der «Betonköpfe». Ich aber, um ehrlich zu sein, fürchte einen solchen Ausgang. Ich sehe keine Kraft, die das moralische und menschliche Recht hätte, die Macht für sich zu beanspruchen, und die – was das Wichtigste ist – die erforderlichen Eigenschaften besässe, ein so riesiges Land wie das unsere zu führen. Wir brauchen Zeit, um zu erkennen, was die Führer der heutigen Opposition, die Führer der neuen Parteien und Bewegungen, im Sinn haben, wozu sie fähig sind. Es gehört nicht viel dazu, auf Demonstrationen über die Kreml-Mafia her-zuziehen.

Im Augenblick gibt es niemanden, dem die Macht übertragen werden könnte. Aber die alte, die gegenwärtige Macht kann nur dann

mit Unterstützung rechnen, wenn sie die für das Gedeihen der Demokratie geschaffenen Voraussetzungen bewahrt und verbessert. Aus ebendiesem Grunde hätte ich es mit dem sogenannten «runden Tisch» nicht so eilig. Natürlich besteht neben der Gefahr, dass die Macht in die Hände von leichtsinnigen Zufallsdemokraten gerät, auch noch die Gefahr eines antidemokratischen Umsturzes, der uns erneut auf lange Zeit den Weg in die Zivilisation versperren würde. Auch damit muss gerechnet werden. Trotzdem sehe ich bei uns zum jetzigen Zeitpunkt keine Chance für einen solchen «runden Tisch», wie es ihn in Polen im Jahre 1989 gab. [. .]

Alle Führer unserer demokratischen Bewegungen – mit Ausnahme von Andrej Sacharow und Alexander Solschenizyn – haben die Demokratie und Freiheit aus den Händen Gorbatschows empfangen. Hierin unterscheiden sie sich von denen in den osteuropäischen Nachbarstaaten, was leider nicht alle verstehen. Diese Leute werden von politischem Ehrgeiz getrieben, das ist begreiflich. Aber kann man vergessen, dass sie alle nur deshalb politische Führer werden und Popularität erringen konnten, weil Gorbatschow dafür die politischen Voraussetzungen schuf und es möglich machte, dass jeder ohne Angst und Risiko mit seinen Ideen auf die Strasse gehen konnte? Obwohl wahrlich auch dafür eine gewisse Portion Mut erforderlich ist. Es ist eben alles nicht so einfach.

Sacharow, Solschenizyn und ihre Mitstreiter opferten sich schon vor der Perestrojka, riskierten ihr Leben und erlitten Unrecht im Namen der Demokratie. Es ist aber erstaunlich, dass sie nicht unter den Führern der heutigen demokratischen Bewegung zu finden sind. Mir liegt es fern, sie deshalb zu verurteilen. Ich möchte nur wiederholen, dass bei uns die Situation eine andere ist als in den osteuropäischen Nachbarstaaten. Der «Runde Tisch» wäre unter diesen Voraussetzungen aus moralischer Sicht kein gleichberechtigter Dialog. Zunächst wäre für die politische Entwicklung etwas Zeit vonnöten, damit sich politische Parteien bilden und charismatische Führer hervortreten könnten, die das moralische Recht besäßen, im Namen des Volkes und als Gleiche zu Gleichen zu sprechen. Ein «runder Tisch» wäre zwischen Gorbatschow und den bekannten Vertretern der sowjetischen Intelligenzija denkbar. Es sollten da nicht nur Personen mitwirken, die Demonstrationen organisieren können, sondern hervorragende Persönlichkeiten, wie etwa Dmitrij Sergejewitsch Lichatschow, d. h. Menschen, die in intellektueller und moralischer Hinsicht Autorität besitzen. Bis jetzt bewegen wir uns alle nur innerhalb jener Freiheit, die uns dank der Taktik des Politikers Gorbatschow zugefallen ist. Übrigens ist die Bewahrung der Stabilität nur dann möglich, wenn das Problem der Legitimität unseres Staatswesens insgesamt gelöst wird. Während die KPdSU reorganisiert wird, muss für den Staat gleichzeitig eine natürliche und historische Legitimität begründet werden. Man muss im

Bewusstsein der Menschen ein festeres Fundament für ihren Glauben an den Staat, in dem sie leben, legen. Wir kommen auch in Zukunft nicht an der Tatsache vorbei, dass dieser Staat auf den Ruinen des alten russischen Reiches geschaffen wurde, dass das russische kulturelle Erbe das Erbe des alten Russlands ist; und vergessen sollten wir auch nicht, dass das Russentum das Zentrum dieses Staates ausmacht. Wir können nicht die Tatsache ausser acht lassen, dass die Geschichte Russlands eng verbunden ist mit dem Schicksal des slawischen, des dominierenden Bevölkerungsteils unseres Landes.

Warum?

Weil man solange nicht mit politischer Stabilität rechnen kann, bis die Russen erkennen, dass die Perestrojka ihren ureigenen Interessen entspricht, bis sie den Zusammenhang zwischen ihr und ihrem eigenen Geschick begreifen, mit anderen Worten: bis die «russische Frage» wirklich und nicht auf der Ebene von Illusionen und Utopien gelöst ist.

Aber droht hier nicht die Gefahr eines neuen Grossmachtchauvinismus?

Chauvinismus, nationale Arroganz, nationaler Extremismus sind gefährlich. Aber ohne Selbstbewusstsein, ohne ein normales Nationalbewusstsein und die Rückkehr zu der durch Russland geformten Identität aller Völker, die unser Land bewohnen, kann es keine Lösung der Probleme geben. Die neue Gesellschaft kann nicht auf allgemeinen, für alle Völker in gleicher Weise gültigen Prinzipien der Demokratie und auf der Kritik an Apparat und Privilegien errichtet werden, auch wenn sich unsere Demokraten davon Erfolg versprechen. Mich erschreckt die Unaufrichtigkeit in dieser Beziehung. Unsere Führer, die doch selber Russen sind, können nicht mit dem russischen Volk und über die russischen Probleme reden, sie vermögen es nicht und haben sogar Angst, im Namen des russischen Volkes zu sprechen. Das aber wäre für Russland sehr wichtig. Ebenso wahr ist es, dass auch die Probleme aller anderen Völker, die Probleme, welche ihre Rechte in diesem Staat betreffen, nicht gelöst sind. Woher kommt zum Beispiel die, meiner Meinung nach, übertriebene Angst vor antijüdischen Pogromen? Weil wir etwas sehr Wichtiges und Selbstverständliches nicht offen ausgesprochen haben, nämlich, dass die auf dem Territorium Russlands lebenden Juden, ebenso wie alle anderen Nationen, deren Schicksal mit dem Russlands verbunden ist, ebenfalls das gleiche Recht auf ihren Lebensraum und auf ihre Zukunft besitzen. Das versteht sich von selbst, und viele Probleme wären dergestalt aus der Welt geschafft. Ich glaube, dass man, bevor man Ruhe und Frieden, Harmonie und Übereinstimmung herzustellen trachtet, erst einmal die Interessenlage klären und erkunden sollte, was diese Völker konkret wollen. Erst dann sollte man darangehen, ihre Interessen zu vereinigen. Auf Mythen

und Illusionen kann kein dauerhaftes Gebäude errichtet werden.

Trotzdem vertrete ich die Ansicht, dass unser heutiges Staatsgebilde als Nachfolger des alten russischen Reiches historisch legitimiert ist. Das ist der einzig vernünftige Ausweg.

Sie sehen also den Ausweg darin, dass Russland auf einer nunmehr neuen Grundlage das Zentrum des Staatswesens wird. Nicht als «grosser Bruder» der anderen Völker, sondern eben als Kern, der die Kräfte vereint? Aber dazu bedürfte es doch auch wieder eines Wunders – Russland ist von seinen Problemen gepeinigt, und unseren Staat reissen zentrifugale Kräfte auseinander.

Ich sehe keinen ernst zu nehmenden Grund dafür, den gegenwärtigen Staat nicht als Nachfolger des russischen Reiches zu legitimieren. Die bis heute existierende Ansicht, dass der jetzige Staat 1917 oder 1922 geboren sei, ist völliger Unsinn. Ob es uns gefällt oder nicht, wir können nicht die Augen davor verschliessen, dass die UdSSR der direkte Nachfolger des russischen Reiches und die Geschichte der UdSSR die direkte Fortsetzung der Geschichte Russlands war, dass die Kultur der UdSSR vor allem aus den Traditionen der russischen Kultur hervorgewachsen und dass letzten Endes unser Dasein mit den ungelösten russischen Problemen belastet ist. Die alteingesessene slawische Bevölkerung Russlands, die die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte, hat nicht die UdSSR, sondern vor allem das tausendjährige russische Staatswesen und alle durch ein gemeinsames Geschick vereinte Völker Russlands gerettet.

(Das Gespräch führte Armen Gasparjan)



«Ogonjok», Moskau, Nr. 43/1990